

Protokoll – öffentlicher Teil

68. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin:	Dienstag, 26.09.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:44 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend

Vorsitz

Lars Eichert	CDU	Leitung der Sitzung
--------------	-----	---------------------

Mitglieder

Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Pete Heuer	SPD	
Dr. Sarah Zalfen	SPD	Vertretung für: Babette Reimers
Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	
Dr. Anja Günther	Sozial.DIE LINKE.Potsdam	
Chaled-Uwe Said	AfD	ab 18:05 Uhr
Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	bis 19:56 Uhr

zusätzliches Mitglied

Dr. phil. Wieland Niekisch	Mitten in Potsdam	
Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	ab 18:23 Uhr
Ralf Jäkel	DIE LINKE	

sachkundige Einwohner

Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen	
Willo Göpel	CDU	
Horst Heinzl	BürgerBündnis	bis 21:03 Uhr
Steffen Pfrogner	Die Andere	
Holger Reinhard Rohde	Freie Demokraten	bis 21:03 Uhr
Lars Selwig	SPD	

Beigeordnete

Bernd Rubelt		ab 19:59 Uhr
--------------	--	--------------

Abwesend

Mitglieder

Eric Blume	Die Andere	entschuldigt
Babette Reimers	SPD	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Andreas Menzel Freie FRAKTION entschuldigt

sachkundige Einwohner

Fedor Nocke DIE PARTEI entschuldigt

Stefan Matz BI Fahrland entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Dr. Ursula Zufelde Seniorenbeirat entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 12.09.2023
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks
Fraktion CDU
(Wiedervorlage) 22/SVV/0301
 - 4.2 Umsetzung Holzbau-Initiative
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
(Wiedervorlage) 23/SVV/0030
 - 4.3 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße Bereich des Naturkundemuseums
Fraktion DIE LINKE 23/SVV/0637
 - 4.4 Bebauungsplan Nr. 141-8 "Entwicklungsbereich Kramnitz - Weiterführende Schule", Aufstellungsbeschluss
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung 23/SVV/0816

- | | | |
|------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 4.5 | Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung" (OT Groß Glienicke), 1. Änderung, Teilbereich Nordwest Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Abwägung, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Satzungsbeschluss
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i> | 23/SVV/0826 |
| 4.6 | Tourismuswirtschaft in Potsdam
<i>Fraktion Mitten in Potsdam, Freie Fraktion und Bürgerbündnis</i> | 23/SVV/0784 |
| 4.7 | Potsdamer GARAGENANLAGEN SCHÜTZEN!
<i>Fraktion Freie Fraktion</i> | 23/SVV/0802 |
| 4.8 | Moratorium Garagenstandorte
<i>Fraktion DIE LINKE</i> | 23/SVV/0809 |
| 4.9 | Bericht zu den bau- und planungsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten im Musikerviertel bezügl. DS Nr. 21/SVV/0859
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung (Mitteilungsvorlage)</i> | 23/SVV/0819 |
| 4.10 | Uferweg Hinzenberg bis Neustädter Havelbucht
<i>Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte (Mitteilungsvorlage)</i> | 23/SVV/0830 |
| 4.11 | Wiedereröffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger zwischen Hoffbauerstraße/Dortustraße und "Am Lustgartenwall"
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur (Mitteilungsvorlage)</i> | 23/SVV/0868 |
| 4.12 | Berichterstattung Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung (Mitteilungsvorlage)</i> | 23/SVV/0888 |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 5.1 | Zwischenergebnis Wohnungspolitisches Konzept
<i>Fachbereich Stadtplanung</i> | |
| 5.2 | Berichterstattung zur Neugestaltung von Freiflächen im Landtagsumfeld - Vorstellung der Gestaltungsideen
<i>Fachbereich Stadtplanung</i> | |
| 5.3 | Information über die anstehende frühzeitige Beteiligung des Bebauungsplans SAN-P 20 "Am Alten Markt / Am Kanal"
<i>Fachbereich Stadtplanung</i> | |
| 5.4 | Information über die Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan 172 "Uferbereich Bertinistraße / Jungfersee"
<i>Fachbereich Stadtplanung</i> | |

- 5.5 Berichterstattung zur Rahmenplanung Bornim Bornstedt
Fachbereich Stadtplanung
- 5.6 Berichterstattung zum Prüfergebnis Tempo 30 in der
Charlottenstraße
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern
- 6.1 Vorstellung Sachstand Versailler Platz
Fachbereich Stadtplanung
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 9 Vorstellung von Bauvorhaben

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eichert, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Tagesordnung ergehen keine Hinweise. Sie wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen vor für die Tagesordnungspunkte

- 4.9 Bericht zu den bau- und planungsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten im Musikerviertel für Frau und Herrn Dieckmann (Anwohner)

- 5.2 Berichterstattung zur Neugestaltung von Freiflächen im Landtagsumfeld für Frau Barbara Kuster, Vorsitzende der Initiative Mitteschön

Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 12.09.2023

Zur Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2023 liegen keine Hinweise vor.

Die Niederschrift wird mit 6:0:1 bestätigt.

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

4.1 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks

22/SVV/0301
vertagt

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er empfiehlt die Beschlussfassung erst nach der Fertigstellung des Nutzungskonzeptes für die Biosphäre.

Frau Hüneke schlägt vor, den Beschusstext zu ergänzen und „Mittel für die Planung in 2026 einzustellen“.

Herr Pfrogner regt an, statt eines städtebaulichen Wettbewerbs eine Ideenwerkstatt durchzuführen, um offener in der Besetzung des Formates zu sein.

Herr Eichert bedankt sich für die Anregungen und erklärt, dass die CDU-Fraktion diese gegebenenfalls berücksichtigen werde.

Er stellt den Antrag auf unbestimmte Zeit zurück.

Abstimmungsergebnis der Zurückstellung des Antrages: einstimmig **angenommen**.

4.2 Umsetzung Holzbau-Initiative

23/SVV/0030
vertagt

Herr Heuer bringt den Ergänzungsantrag für die SPD-Fraktion ein:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

1. bis spätestens IV. Quartal 2023 eine weitere Holzbaukonferenz durchzuführen, in der die stoffliche und energetische Ressourcenfrage mit dem Ziel diskutiert wird, den Einsatz nachhaltiger und klimaschonender Ressourcen und Verfahren im Baubereich zu erreichen, zu dieser Konferenz sind Vertretende der Zivilgesellschaft und insbesondere der Umweltverbände einzuladen,
2. unverzüglich bei allen kommunalen Auftraggebern den ausschließlichen Einsatz von Holz mindestens nach FSC oder Naturland-Zertifikat und bevorzugt aus regionaler Wertschöpfung zu sichern,
3. die Bundes- und Landesregierung aufzufordern, die in Ziff. 2 genannten Kriterien in Ihren Zuständigkeitsbereichen umzusetzen,
4. Innovative, ressourcensparende Verfahren zur Verbesserung der Energiebilanz im Stahlbetonbau sind in Planungen, Ausschreibungen und Vergaben im Hochbau zu berücksichtigen. Die Verwendung von Recycling -Beton, Textil- bzw. Carbonbeton oder auch CO2-neutralem Beton soll mit dem Ziel der Substitution von Zement bevorzugt werden.

Das vorliegende Memorandum ist dementsprechend zu ergänzen.“

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) nimmt für die Verwaltung zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion Stellung. Der Punkt drei des Antrages könne erfolgen, alle anderen seien nicht zulässig bzw. nicht sinnvoll in ihrer Umsetzung. Er bietet an, sich mit dem Antragsteller bilateral auszutauschen und die Möglichkeiten zu erörtern.

Herr Heuer nimmt das Angebot von Herrn Richter auf ein gesondertes Treffen an.

Frau Hüneke stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), den Antrag bis zur Sitzung am 14.11.2023 zurückzustellen.

Für den GO-Antrag spricht Herr Jäckel. Dagegen niemand.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

4.3 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße Bereich des Naturkundemuseums

**23/SVV/0637
vertagt**

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nimmt in Vertretung für den Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur für die Verwaltung Stellung. Er verweist auf den Beschluss 23/SVV/0791, zu welchem die Berichterstattung im Dezember 2023 erfolgen soll. Er schlägt vor, die Prüfung der hier im Antrag gewünschten Entsiegelung mit in die Berichterstattung im Dezember 2023 aufzunehmen und den Antrag bis dahin zurückzustellen.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), den Antrag bis zur o.g. Berichterstattung zurückzustellen.

Für den GO-Antrag spricht Herr Pfrogner.
Dagegen niemand.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

4.4 Bebauungsplan Nr. 141-8 "Entwicklungsbereich Krampnitz - Weiterführende Schule", Aufstellungsbeschluss

23/SVV/0816
ungeändert beschlossen

Frau Kunert (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation, die im Ratsinformationssystem zur Sitzung eingestellt ist, ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 141-8 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Weiterführende Schule“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **8**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **0**

Anlage 1 Präsentation BV_BP Krampnitz_23-SVV-0816 (öffentlich)

4.5 Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung" (OT Groß Glienicke), 1. Änderung, Teilbereich Nordwest Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Abwägung, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Satzungsbeschluss

23/SVV/0826
ungeändert beschlossen

Frau Kunert (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation, die im Ratsinformationssystem zur Sitzung eingestellt ist ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 11A „Waldsiedlung“ (OT Groß

- Glienicke), 1. Änderung, Teilbereich Nordwest ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu verkleinern (gemäß Anlage 3).
2. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung", 1. Änderung, Teilbereich Nordwest entschieden (gemäß Anlagen 4A und 4B).
 3. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung", 1. Änderung, Teilbereich Nordwest wird zugestimmt (siehe Anlage 7).
 4. Der Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung", 1. Änderung, Teilbereich Nordwest wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 5 und 6).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **8**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **0**

Anlage 1 Präsentation_BP Nr. 11A_23-SVV-0826 (öffentlich)

4.6 Tourismuswirtschaft in Potsdam

23/SVV/0784
geändert beschlossen

Herr Dr. Niekisch beantragt das Rederecht für Herrn Götz Thorsten Friederich (Stadtverordneter der Fraktion Mitten in Potsdam).

Abstimmungsergebnis: mit 5:1:1 angenommen.

Herr Friederich nimmt sein Rederecht wahr.

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er empfiehlt die Annahme des Antrages mit der Einschränkung, zunächst zu prüfen, ob die Verwaltung die Forderung selbst umsetzen kann, da sonst mit einer deutlichen Zeitverzögerung zu rechnen ist.

Mehrere Ausschussmitglieder äußern sich kritisch zum Thema Tourismusabgabe. Frau Hüneke stellt dahingehend den Ergänzungsantrag:

„In der Prüfung ist der Vergleich der Auswirkungen einer Tourismusabgabe mit der Bettensteuer und einer erweiterten Bettensteuer für Dienstreisen dazustellen.“

Herr Göpel moniert, dass die zu prüfenden Punkte zu allgemein gehalten sind und daher kaum geprüft werden könnten. Er fordert die Benennung von konkreten Maßnahmen.

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung:

In der Prüfung ist der Vergleich der Auswirkungen einer Tourismusabgabe mit der Bettensteuer und einer erweiterten Bettensteuer für Dienstreisen dazustellen.

Abstimmungsergebnis: mit 6:0:2 angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die zeitnahe Umsetzung des Abschlusskommuniqué zur Sommersitzung des Wirtschaftsrates der Landeshauptstadt Potsdam am 22. Juni 2023 zu prüfen.

In der Prüfung ist der Vergleich der Auswirkungen einer Tourismusabgabe mit der Bettensteuer und einer erweiterten Bettensteuer für Dienstreisen dazustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2023 zum Ergebnis zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **1**

Stimmenthaltung: **3**

4.7 Potsdamer GARAGENANLAGEN SCHÜTZEN!

23/SVV/0802
abgelehnt

Die Tagesordnungspunkte 4.7 und 4.8 werden gemeinsam behandelt.

Herr Said bringt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Drucksache (DS) 23/SVV/0802 ein:

„1. Die Landeshauptstadt Potsdam verzichtet bis zum 31.12.2028 auf ordentliche Kündigungen von Pacht- bzw. Mietverträgen für Garagen aus ihrer Position als Grundstückseigentümer heraus. **Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam prüft, inwieweit auf Kündigungen von Pacht- bzw. Mietverträgen von Garagen bei denen die Landeshauptstadt Grundstückseigentümer ist, verzichtet werden kann.**

2. Die Landeshauptstadt Potsdam wird Pächter oder Mieter von Garagen in kommunalem Eigentum rechtzeitig, spätestens jedoch 2 Jahre vor einer beabsichtigten Kündigung des Pacht- / Mietverhältnisses, über das Ansinnen der Kündigung schriftlich in Kenntnis setzen. **Desweiteren ist zu prüfen, inwieweit langfristige, rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um alle bestehenden Garagenstandorte zu sichern.**

3. Die Landeshauptstadt Potsdam trägt die Kosten für den Rückbau einer vertragsgerecht zurückgegebenen Garage selbst. **Der Oberbürgermeister berichtet im Hauptausschuss in Quartal I 2024 von den Fortschritten der Prüfung.“**

Herr Jäkel bringt den Antrag, DS 23/SVV/0809 ein.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) nimmt für die Verwaltung Stellung und bezieht sich dabei auf den rechtlichen Aspekt zur DS 23/SVV/0802.

Herr Wolfram nimmt für die Verwaltung zum Antrag 23/SVV/0809 Stellung und geht auf Nachfragen der Ausschussmitglieder ein.

Herr Heuer bittet den Antragsteller der DS 23/SVV/0809 den Beschlusstext auf einen konkreten Standort umzuformulieren und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), den Antrag bis zur Sitzung am 14.11.2023 zurückzustellen.

Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 7:0:1 angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Abstimmung:

1. ~~Die Landeshauptstadt Potsdam verzichtet bis zum 31.12.2028 auf ordentliche Kündigungen von Pacht- bzw. Mietverträgen für Garagen aus ihrer Position als Grundstückseigentümer heraus.~~ **Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam prüft, inwieweit auf Kündigungen von Pacht- bzw. Mietverträgen von Garagen bei denen die Landeshauptstadt Grundstückseigentümer ist, verzichtet werden kann.**

2. ~~Die Landeshauptstadt Potsdam wird Pächter oder Mieter von Garagen in kommunalem Eigentum rechtzeitig, spätestens jedoch 2 Jahre vor einer beabsichtigten Kündigung des Pacht- / Mietverhältnisses, über das Ansinnen der Kündigung schriftlich in Kenntnis setzen.~~ **Desweiteren ist zu prüfen, inwieweit langfristige, rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um alle bestehenden Garagenstandorte zu sichern.**

3. ~~Die Landeshauptstadt Potsdam trägt die Kosten für den Rückbau einer vertragsgerecht zurückgegebenen Garage selbst.~~ **Der Oberbürgermeister berichtet im Hauptausschuss in Quartal I 2024 von den Fortschritten der Prüfung.**

Abstimmungsergebnis: mit 1:7:0 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Landeshauptstadt Potsdam verzichtet bis zum 31.12.2028 auf ordentliche Kündigungen von Pacht- bzw. Mietverträgen für Garagen aus ihrer Position als Grundstückseigentümer heraus.

1. Die Landeshauptstadt Potsdam wird Pächter oder Mieter von Garagen in kommunalem Eigentum rechtzeitig, spätestens jedoch 2 Jahre vor einer beabsichtigten Kündigung des Pacht- / Mietverhältnisses, über das Ansinnen der Kündigung schriftlich in Kenntnis setzen.

2. Die Landeshauptstadt Potsdam trägt die Kosten für den Rückbau einer vertragsrecht zurückgegebenen Garage selbst.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 7
Stimmenthaltung: 1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

4.8 Moratorium Garagenstandorte

23/SVV/0809
vertagt

(Debatte siehe Tagesordnungspunkt 4.7)

Herr Heuer bittet den Antragsteller der DS 23/SVV/0809 den Beschlusstext auf einen konkreten Standort umzuformulieren und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), den Antrag bis zur Sitzung am 14.11.2023 zurückzustellen.

Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 7:0:1 **angenommen.**

**4.9 Bericht zu den bau- und planungsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten im Musikerviertel
bezügl. DS Nr. 21/SVV/0859**

23/SVV/0819
zur Kenntnis genommen

Herr und Frau Dieckmann nehmen ihr Rederecht als Anwohner wahr. Sie wollen den Charakter des Viertels gewahrt wissen und bitten dafür Sorge zu tragen.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Keine der geprüften Maßnahmen sei geeignet, den geforderten Schutz des Viertels zu gewährleisten. Seiner Ansicht nach ist im Moment jedoch auch keine Veränderung des Charakters des Standortes zu beobachten, sodass dem entgegenwirkende Maßnahmen hier auch nicht nötig seien.

Auf Anmerkungen der Ausschussmitglieder geht Herr Wolfram ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0819 zur Kenntnis.

4.10 Uferweg Hinzenberg bis Neustädter Havelbucht

23/SVV/0830
zur Kenntnis genommen

Herr Göpel fordert die Verwaltung auf, Kontakt mit der Deutschen Bahn hinsichtlich der Graffiti auf der Brücke aufzunehmen und deren Entfernung anzusprechen.

Herr Rubelt geht auf die Nachfragen der Ausschussmitglieder ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0830 zur Kenntnis.

4.11 Wiedereröffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger zwischen Hoffbauerstraße/Dortustraße und "Am Lustgartenwall"

23/SVV/0868
zur Kenntnis genommen

Herr Rubelt informiert, dass das Ministerium für Finanzen zwischenzeitlich geantwortet hat und mitteilt, dass die Wiedereröffnung nicht möglich sei.

Herr Dr. Niekisch gibt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Die Verwaltung solle hier hartnäckig bleiben.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0868 zur Kenntnis.

4.12 Berichterstattung Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen

23/SVV/0888
zur Kenntnis genommen

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) berichtet zum Sachstand und geht auf die Nachfragen der Ausschussmitglieder ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0888 zur Kenntnis.

Anlage 1 Präsentation_MV Kiezbad_23-SVV-0888 (öffentlich)

5 Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Zwischenergebnis Wohnungspolitisches Konzept

Aufgrund von Terminüberschneidungen ist der zuständige Verwaltungsmitarbeiter nicht anwesend. Die Berichterstattung wird auf die Sitzung am 10.10.2023 verschoben.

5.2 Berichterstattung zur Neugestaltung von Freiflächen im Landtagsumfeld - Vorstellung der Gestaltungsideen

Frau Rabbe (Sanierungsträger Potsdam GmbH) führt zum Sachstand aus. Ihre Präsentation ist im Ratsinformationssystem zur Sitzung eingestellt.

Herr Jäkel bittet wiederholt um Prüfung der Entsiegelung des Mittelstreifens der Breiten Straße.

Auf die Anmerkungen und Nachfragen der Ausschussmitglieder geht Frau Rabbe ein.

Anlage 1 Präsentation Vorentwurf Landtagsumfeld 230906 (öffentlich)

5.3 Information über die anstehende frühzeitige Beteiligung des Bebauungsplans SAN-P 20 "Am Alten Markt / Am Kanal"

Herr Beyer (Fachbereich Stadtplanung) informiert zur anstehenden Beteiligung und führt zum Sachstand aus. Seine Präsentation ist im Ratsinformationssystem zur Sitzung eingestellt.

Anlage 1 Präsentation SAN-P 20, Info frühz. Beteiligung (öffentlich)

5.4 Information über die Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan 172 "Uferbereich Bertinistraße / Jungferensee"

Frau Stolzmann (Fachbereich Stadtplanung) informiert zur öffentlichen Auslegung. Ihre Präsentation ist im Ratsinformationssystem zur Sitzung eingestellt.

Herr Kirsch erkundigt sich, ob Steganlagen in dem Bereich durch den Bebauungsplan gesichert seien.

Frau Stolzmann teilt mit, dass im Bebauungsplan keine Aussagen zu Stegen getroffen werden. Zuständig hierfür sei das Schifffahrtsamt.

Anlage 1 Präsentation_BP172 (öffentlich)

5.5 Berichterstattung zur Rahmenplanung Bornim Bornstedt

Frau Stolzmann (Fachbereich Stadtplanung) informiert zum Start der Rahmenplanung.

Anlage 1 Präsentation Rahmenplan Bornstedt (öffentlich)

5.6 Berichterstattung zum Prüfergebnis Tempo 30 in der Charlottenstraße

Herr Rubelt führt zum Sachstand aus, der auch bereits im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität dargestellt wurde. Zusammengefasst zeigt die aktuelle Prüfung, dass eine Herabsetzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h unter den gegebenen rechtlichen und sachlichen Bedingungen nicht die effektivste Lösung darstellt. Allerdings eröffnen sich durch die bevorstehenden gesetzlichen Änderungen und die Prüfung alternativer Maßnahmen neue Perspektiven, die eine zukunftsorientierte und nachhaltige Verkehrsplanung in der Charlottenstraße ermöglichen könnten.

Herr Said erkundigt sich nach der geplanten Entnahme der PKW-Stellplätze.

Herr Heuer erinnert, im Zusammenhang mit neuen rechtlichen Möglichkeiten, sich auch die Gutenbergstraße noch einmal anzuschauen.

Auf die Nachfragen und Anmerkungen geht Herr Rubelt ein.

Anlage 1 Berichterstattung Herabsetzung Höchstgeschwindigkeit Charlottenstraße
(öffentlich)

6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern

6.1 Vorstellung Sachstand Versailler Platz

Frau Rabbe (Sanierungsträger Potsdam GmbH) führt zum Sachstand aus und geht auf Nachfragen der Ausschussmitglieder ein. Der Versailler Platz soll zeitnah nach den Maßnahmen der EWP (Energie und Wasser Potsdam) gestaltet werden.

7 Sonstiges

Herr Jäkel erkundigt sich nach dem Termin für die Eröffnung des Uferweges in der Speicherstadt.

Herr Rubelt informiert, dass die Eröffnung für November vorgesehen ist.

Vorsitz:

Protokollführung:
